



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/48 - 26.2.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Rom trat auf der Stelle	S. 1
Hier irrte die französische Hochkommission	S. 2a
England und Ägypten	S. 3
Antwort an den "Tagesspiegel"	S. 4

Die Quadratur des Kreises

A.E. Erstaunt muß sich die deutsche und die Welt-Öffentlichkeit fragen, worin die nach de Gasperi sehr "klaren und präzisen" Beschlüsse bestehen, die die Außenminister von Frankreich, der Bundesrepublik, Italien und der drei Benelux-Länder auf ihrer römischen Tagung gefaßt haben sollen. Das Kommuniqué verrät nichts dergleichen. Man hat sich einstimmig für die unverzügliche Schaffung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft ausgesprochen und die äußerste "Dringlichkeit" einer schnellen Ratifizierung des EVG-Vertrages durch die Länderparlamente betont. Diesem Gemeinplatz kommt wohl angesichts der selbst in Rom zutage getretenen Schwierigkeiten nur deklamatorische Bedeutung zu. Natürlich konnte kein Mensch von den Außenministern das offene Eingeständnis eines Fehlschlages erwarten. Man tut so, als ob man einen beträchtlichen Schritt weitergekommen wäre. In Wirklichkeit tritt man jedoch auf der Stelle.

Das Wunder einer Verständigung, das die Außenminister nicht zuwege brachten, soll nun der sogenannte Interims-Ausschuß vollbringen, der seit Wochen in Paris tagt und sich seine Köpfe über die Vereinbarkeit der französischen Zusatzwünsche mit dem Geist und Inhalt des bisherigen EVG-Vertrages zerbricht. Das einzige Zugeständnis, das der französische Außenminister Bidault seinen übrigen Kollegen machte, war daß Frankreich bereit sei, über die Neuformulierung seiner gewünschten Zusatzprotokolle mit sich reden zu lassen. Nun, über Worte läßt sich trefflich streiten. Praktisch ist dieses Zugeständnis völlig wertlos.

Die französischen Abänderungswünsche bleiben in der Substanz erhalten. Damit wird dem EVG-Vertrag das bisherige Kernstück genommen und es ist nicht ersichtlich, wie unter solchen Umständen man dann noch von einer "schnellen Ratifizierung" sprechen kann. Was soll denn ratifiziert werden? Die Zusatzprotokolle bilden nach französischer Auffassung einen integrierenden Bestandteil des EVG-Systems und ohne ihn wird sich keine Mehrheit für die Annahme der Verträge im französischen Parlament finden.

Sollte man auf den Gedanken kommen, diese durch Frankreichs Haltung hervorgerufene Verwirrung nach einer Ratifizierung der Verträge durch einen Briefwechsel aus der Welt zu schaffen, so müßte eigentlich das Beispiel der Saar abschrecken. Wieviele Briefe sind in der Saarfrage zwischen Bonn und Paris gewechselt worden und welche Fülle von Mißverständnissen haben sie hervorgerufen. Jeder Partner legt eine andere Bedeutung in das hinein, was er sagt oder zu sagen meint. Das Ergebnis des bisherigen Schriftwechsels über die Saar ist vom deutschen Gesichtspunkt aus wahrhaft niederschmetternd; Frankreich leitete daraus das Recht ab, das Saargebiet endgültig von Deutschland zu trennen. Will Bundeskanzler Dr. Adenauer sich wieder einmal auf die gleiche glitschige Ebene begeben? Geht sein verhängnisvolles Bestreben, den EVG-Vertrag recht schnell unter Fach und Fach zu bringen, sogar so weit, auch diese bittere französische Pille noch zu schlucken?

Zu den stillen und unsichtbaren Teilnehmern an dieser römischen Begegnung der sechs Außenminister gehörten auch die USA. Es scheint kein Zufall zu sein, daß an dem Tag, an dem diese fruchtlose Konferenz zuende ging, der amerikanische Präsident Eisenhower seine aufsehenerregende Erklärung abgab, er sei unter gewissen Bedingungen zum Gespräch auf halben Wege mit Stalin bereit. Früher oder später muß es, da kein verantwortlicher Staatsmann in den USA eine kriegerische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion wünscht, zu einer globalen Verständigung oder zumindest zu einem Versuch einer solchen kommen. Das Korea- und das Deutschland-Problem wird in zukünftigen Verhandlungen der Gradmesser für einen gegenseitigen Verständigungswillen zwischen diesen beiden Weltmächten sein. Jetzt ist es die Pflicht der Bundesregierung, die vier Besatzungsmächte an den Beschluß des Bundestages zu erinnern, der sie zahlt, alle Möglichkeiten abzutasten, um Deutschlands Wiedervereinigung in Einheit und Freiheit herbeizuführen. Eine vorzeitige Ratifizierung des EVG-Vertrages würde uns in solchen Verhandlungen zum Objekt der Besatzungsmächte machen und uns die Möglichkeit nehmen, selbst initiativ im Sinne der höchsten Aufgabe deutscher Politik, nämlich der Wiedervereinigung, zu wirken.

Der Plakatkrieg geht weiter

Pr. Man wird nicht behaupten wollen, daß die Reaktion der französischen Besatzungsmacht auf die Warnaktion der deutschen Jungsozialisten als sehr klug und glücklich bezeichnet werden kann. Das Zerstören der Warnplakate durch uniformierte Gendarmerie oder bezahlte Subjekte stößt nicht nur in der gesamten deutschen Öffentlichkeit auf einmütigen Widerspruch und eisige Ablehnung, sie wirft auch ein bezeichnendes Licht auf die Einschätzung der deutschen Position im Zeichen der Montan-Union durch die Besatzungsmacht.

Nun wird niemand erwartet haben, daß sowohl Warnplakate als auch der Inhalt der Jungsozialisten-Broschüre "Gegen den Menschenschmuggel" den Beifall der französischen Behörden finden würde. Die zunehmende Schärfe der französischen Gegenmaßnahmen läßt aber auf ein überraschend großes Maß von Nervosität und Unsicherheit auf dieser Seite schließen. Hinzu kommt, daß diesen Polizeimaßnahmen ein sehr zweifelhafter Erfolg beschieden ist. Wer nämlich geglaubt hat, die Jungsozialisten würden sich einschüchtern lassen, wurde überzeugend eines Besseren belehrt. Für jedes zerstörte Plakat wird ein neues geklebt, und zwar so lange, bis die Plakate auch im französischen Besatzungsgebiet ungestört hängen bleiben.

Auch die in der Nacht zum Donnerstag erfolgte Verhaftung eines kompletten Klebetrupps der Bonner Jungsozialisten im Raum Remagen wird die Jungsozialisten nicht veranlassen können, den "kalten Plakatkrieg" von sich aus einzustellen. Sie werden im Gegenteil ihre Aktivität noch verstärken.

Zur Begründung dieser Verhaftung wurde von der Hochkommission erklärt, daß ein Trupp Plakate in der Nähe des Wohnsitzes des französischen Hochkommissars geklebt habe. Dieses Verhalten sei dem deutsch-französischen Verhältnis abträglich. Demgegenüber muß mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden, daß nicht die Warnkampagne der Jungsozialisten, sondern die Jagd auf junge Deutsche für den Landsknechtsdienst der Legion das deutsch-französische Verhältnis vergiftet und zu einem europäischen Ärgernis geworden ist. Die französische Hochkommission sollte im Interesse eines deutsch-französischen Freundschaftsverhältnisses nicht nur ihren Widerstand gegen die Warnkampagne aufgeben, sondern auch die Anwerbung für die Fremdenlegion in Deutschland einstellen.

Der Glaube der deutschen Jugend an ein neues Europa gleichberechtigter Völker hat durch die jüngsten französischen Maßnahmen ohne Zweifel schweren Schaden genommen. Es ist an der Zeit, daß diese bedauerliche Tatsache korrigiert wird. Um Frankreichs, Deutschlands, und Europas willen.

+ + +

Um den Suezkanal.

-f- Wird sich in Ägypten der Umschwung von der Englandfeindschaft zum korrekten, ja freundschaftlichen Einvernehmen mit der britischen Regierung wiederholen, wie das in Indien der Fall gewesen ist? Man wird die Frage bejahen können unter der einen Voraussetzung, daß es gelingt, nach dem glücklichen Abschluß des britisch-ägyptischen Sudanabkommens auch die Suezkanalfrage zu lösen.

Es ist heute nicht mehr zweifelhaft, daß die freiwillige Räumung Indiens ein Akt höchster politischer Klugheit war. Dem früheren Premierminister Attlee gebührt das geschichtliche Verdienst, in der richtigen Stunde die richtige Entscheidung gefällt und mit Energie, Geschick und Takt verwirklicht zu haben. Dazu gehörte innenpolitisch viel Mut, denn diese Entscheidung bedeutete für Großbritannien auch dann noch ein ungeheures Opfer, wenn es auf die Dauer auch unvermeidbar war.

In Ägypten ist die Situation ähnlich. 1956 muß Großbritannien nach dem britisch-ägyptischen Vertrag von 1936 die Suezkanalzone räumen. Ist es sinnvoll, auf dem Buchstaben des Vertrages zu beharren? Die Ägypter sind militärisch ebensowenig in der Lage, die Briten zu vertreiben, wie es die Indier waren. Das kann von keinem ernstzunehmenden Ägypter bestritten werden. Wenn London dennoch entschlossen scheint, die Kanalzone vorher zu räumen, falls die ägyptischen Bedingungen einigermaßen annehmbar sind, dann spielen dabei die indischen Erfahrungen eine nicht unwichtige Rolle. Es ist für die britische Regierung wichtiger, das Wohlwollen Kairo zu gewinnen, als gegen den Willen der Ägypter die Suezkanalzone zu halten mit allen Folgen, die daraus entstehen können.

Bei den britischen Überlegungen spielt die militärische Sicherheit des Kanals eine wichtige Rolle. Es steht heute in der Zone ein Mehrfaches an britischen Streitkräften, als der Vertrag erlaubt. Das ist die Folge des Bandenkrieges des inzwischen aufgelösten Wafd. An Schlagkraft kann diese britische Truppe von Ägypten heute nicht ersetzt werden. Dennoch besteht keine Aussicht, daß Kairo sich mit weniger als einer baldigen Räumung zufrieden geben wird. Das militärische

Argument Londons wird in seiner Beweiskraft durch die Tatsache geschwächt, daß eine so isolierte Basis im Kriegsfall auf Gedeih und Verderb von der Hilfe, zumindest von dem Wohlwollen der Bevölkerung des Hinterlandes abhängig wäre. Das britische Foreign Office steht bereits unter dem Feuer der konservativen Reaktion, die die britischen "Rechte" auf den Suezkanal gewahrt sehen will. Es stört diese Kreise nicht, daß es "Rechte" höchst fragwürdigen Ursprungs sind und daß ein Mißerfolg britisch-ägyptischer Verhandlungen über die Räumung der Suezkanalzone verheerende Wirkungen haben müßten.

Aus den USA ist den Briten schon einmal mit aller Deutlichkeit erklärt worden, sie sollten einsehen, daß ihre Rolle im Nahen Osten der Vergangenheit angehört. Washington wird nicht dulden, daß Ägypten noch einmal ein Hexenkessel wird und das heißt unter den gegebenen Umständen, es wird, wie im Falle der Sudanfrage, mit starkem Nachdruck dafür sorgen, daß die Dinge ins Lot kommen.

+ + +

Die "unersättlichen" Sozialdemokraten

(sp) Im Kampf gegen die SPD ist die Behauptung sehr beliebt, die Partei lehne Europa als eine zusammengefaßte politische Einheit ab, weil es zunächst kein sozialistisches Europa geben werde. Und kürzlich stand im "Tagesspiegel", den man, in Abwandlung der bekannten Charakterisierung im Kopf der "Neuen Zeitung" eine deutsche Zeitung für die Interessen der amerikanischen Politik in Deutschland nennen könnte, darüber hinaus zu lesen: Die SPD wolle ganz Deutschland, sofern es ein sozialistisches Deutschland sei.

In der SPD wäre man sicher froh, wenn in einem geeinigten Europa ebenso wie in einem vereinigten Deutschland die Kräfte des freiheitlichen Sozialismus vorherrschten. Weshalb sonst kämpften die Sozialdemokraten für ihre Auffassung von den wesentlichen Dingen in der Politik? Leider - ihre Gegner werden sagen 'Gott sei Dank' - sehen die Dinge anders aus. In dem Fragment einer angeblich werdenden europäischen Gemeinschaft herrscht, neben anderen Kräften, vor allem der politische Katholizismus. Bei zwei von den drei großen Partnern liegt das Schwergewicht der Opposition dafür bei einer gefährlich starken, gutorganisierten kommunistischen Partei, die ihrerseits bestimmenden Einfluß auf die größten Gewerkschaftsorganisationen in ihren Ländern

besitzt. Bei dem dritten dieser drei Partner, der Bundesrepublik, hat diese Rolle die SPD, während der kommunistische Einfluß auf ein Minimum reduziert ist.

Wenn die SPD vom kommenden Europa als einer starken, lebensfähigen Gemeinschaft spricht, so denkt sie dabei an ganz Europa - einschließlich vor allem Englands und Skandinaviens mit ihren starken sozialdemokratischen Parteien, aber selbstverständlich auch einschließlich der gegenwärtigen Sechser-Gruppe, ihre Widersacher aber, die ihr eine Art sozialdemokratisches Ausschließlichkeitsprinzip anhängen wollen, beschränken sich bewußt auf Staaten, in denen Regierungen ihrer eigenen politischen Vorstellungswelt im Amt sind. Dem verhassten Gegner aber schieben sie das eigene Prinzip und die eigene Praxis zu. Und was das ganze Deutschland anlangt, das nach angeblicher sozialdemokratischer Auffassung nur als sozialistischer Staat erstrebenswert sei, so ist das die gleiche Entstellung des wahren Sachverhaltes.

Aber - so war der erwähnten Westberliner Zeitung zu entnehmen - die Sozialdemokraten sind immer unersättlich gewesen. "Schon in der Weimarer Republik scheiterte jede 'Große Koalition' daran, und deshalb war jede 'Große Koalition' damals ein weiterer Schritt zum Untergang". Eine solche Bemerkung, so glaubt man wohl, paßt in jedem Fall gut in die Landschaft. Daß sie durch die Tatsachen widerlegt wird - wer von den Lesern kennt sich schon in den Ereignissen, die ein Viertel Jahrhundert zurückliegen, so genau aus? Es hat im Weimarer Staat zwei Regierungen der Großen Koalition im Jahre 1923 (beide zusammen dauerten ein Vierteljahr!) unter Stresemann und eine Regierung der gleichen parteimäßigen Zusammensetzung unter dem Sozialdemokraten Hermann Müller gegeben, die 21 Monate, also fast zwei Jahre, im Amt war, von Ende 1928 bis Ende März 1930.

Der Sturz des ersten Stresemann-Kabinetts und später der Regierung Müller gehen beide auf den rechten, schwerindustriellen Flügel der Deutschen Volkspartei zurück, also im ersten Fall der Partei des damaligen Reichskanzlers selbst. Über diesen Zusammenhang gibt es in der modernen Geschichtsschreibung keinen Zweifel. Der Verfasser der "Union der festen Hand" sollte von diesen Leuten mehr wissen und verstehen, als er hier zu erkennen gibt. Das Ende des zweiten Kabinetts Stresemann war auf den Rücktritt der sozialdemokratischen Minister zurückzuführen, die damit auch gegen den Einsatz von Reichswehr gegen die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung Zeigner in Sachsen protestierten, den Ebert übrigens gebilligt hatte. Das alles geschah im Zuge der allgemeinen Unruhen, Aufregungen und der Wirtschaftsdepression von Inflation und abgebrochenem passiven Widerstand an der Ruhr. Es hatte mit sozialdemokratischer Unersättlichkeit nicht das mindeste zu tun.

Aber, wie gesagt, wer weiß das schon - wer will es wissen? So wird also munter drauflos schwadroniert, ob es stimmt oder nicht. Hauptsache: Etwas bleibt bei den bösen, unersättlichen Sozialdemokraten hängen.